

Graphische Stimmen

Erscheint
alle 14 Tage.
Abonnementpreis
1 Mark
vierteljährlich.
Für die Mitglieder
durch die
Zahlstellen gratis.

2. Jahrgang.
Nr. 6.

Anzeigenpreis:
die 1/2 Blatt. Seite
20 Pf.
Für Mitglieder u. in
Verbandsangelegen-
heiten 10 Pf.
Für Postbezug:
Postamt
Köln-Ehrenfeld.

Organ des Zentral-Verbandes christl. Arbeiter u. Arbeiterinnen für das graph. Gewerbe.

Redaktion und Verlag: Köln-Ehrenfeld, Eichendorffstr. 70.

17. März 1906.

„Der Waffenstillstand ist zu Ende!“ „Auf die Schanzen!“

So schließt die graphische Presse, das Organ des deutschen Senefelder-Bundes „neuer Ordnung“, ihren Kriegsartikel:

„Der gescheiterte Tarif.“

Mögen weite Kreise, Prinzipale oder Kollegen, freundlich oder feindlich gesinnt, mit „Spannung“ auf die kommenden Ereignisse gesessen und evil. große Hoffnungen auf das Resultat der Tarifverhandlungen gesetzt haben, wir regten uns weder damals am 20. Dezember darüber auf, als plötzlich Senefelder-Bund und Prinzipalität tariffreundlich sich begegneten, noch hat es uns überrascht, daß am 27. Februar 1906 die Tarifverhandlungen endgültig scheiterten.

Weder die Eile der Herren Prinzipale, noch der Eifer der Herren „Kollegen“, als auch die Art und Weise, mit welcher man die Sache betrieb, waren geeignet, berechtigte Hoffnungen oder „Beschlechnungen“ zu erwecken.

Die Herren Prinzipale, die im selbigen Jahre erklärt:

„Unser Gewerbe verträgt keinen Tarif“, sollten plötzlich so inkonsequent geworden sein (—?) und den Forderungen der Gehilfen nachkommen, die doch noch dieselben waren, ja noch mehr, die teilweise sogar noch weitgehender waren, als zurzeit der Tarifbewegung in Bayern — ?

Die Herren Kollegen, welche in Bayern damals (vom Norden her beeinflußt) alles aufboten, die Tarifbewegung zu nichts zu machen, sollten aus ihrer Haut gefahren sein — ? Wir sind — feigst — viel zu gut Leiter unserer christl. Organisation — ? und haben schon viel zu tief Einblick in die Verhältnisse — ? gehabt, als daß wir uns vom gegenwärtigen Tarif-„Manöver“ täuschen ließen.

Der Grundgedanke der Prinzipale war damals und auch diesmal, alle Gehilfen und Organisationen sollten an einem eventl. abzuschließenden Tarif teilnehmen. Gerade das Gegenteil wurde jetzt in Praxis gemacht. Es war weder mit anderen Organisationen Fühlung genommen, noch hatten andere Organisationen Zeit, vorzubereiten, auch ließ man es tatsächlich nicht zu, mit anderen Organisationen als dem Sen.-Bund (also nur die sozialdemokratische Organisation) zu verhandeln. Somit konnte eine Hoffnung auf friedlichen Abschluß, auf einen Friedensvertrag nicht gegeben sein; denn an verschiedenen Orten mußte man ja doch mit uns und anderen rechnen. An die Wand hätten wir uns auf keinen Fall drücken lassen. Auch hätten wir von den Herren Prinzipalen soviel Gerechtigkeitssinn denn doch vorausgesetzt — —. Wir konnten uns deshalb auch eines Lächelns über die Aufregung des Lithographenbundes und seiner diesbezügl. Antragstellung nicht erwehren.

Was wir getan haben in dieser Sache, war lediglich nichts anderes als erstens unseren Standpunkt zu wahren und zweitens unsere etwas beforgten Kollegen zu beruhigen, denn an ein Zustandekommen unter solchen Verhältnissen haben wir ernstlich niemals geglaubt. Das

Prinzip der Sozialdemokraten „Zum Teufel mit den Tarif-Verträgen“ (à la Leipziger Volkszeitung u. Rauch u. s.) hat sich hier wieder Bahn gebrochen und so manche Herzen werden wieder erleichtert aufatmen, daß der Tarif gescheitert ist.

Mögen aus dieser ganzen Komödie wieder viele Kollegen lernen, daß eine friedliche Verständigung unter solchen Extremen wohl niemals gelingen wird.

Man mag denken über diese Sache, wie man will, auch wir haben unsere eigene Meinung und sind sicher auch nicht mit allen Punkten einverstanden, z. B. mit einer Tarifdauer von 5 Jahren, trotzdem aber sind wir der Ansicht, daß bei gutem Willen und weniger starken Betonung des gegenseitigen Machtstandpunktes schließlich doch eine Einigung möglich gewesen wäre. —

Unseren Kollegen aber und solchen, welche noch fern einer Organisation stehen, rufen wir zu: Tretet auch Ihr auf die Schanzen, werbet für Euren Verband, mehret unsere Reihen“, vielleicht gelingt es, noch Manchen oder Viele die Augen zu öffnen — wohin der Weg geht, den der sozialdemokratische Senefelder-Bund eingeschlagen hat. Das Tarifmanöver ist zu Ende, Krieg ist erklärt, Krieg kostet Geld, bald vielleicht — wird auch die Bundesklasse ver-schmolzen — ?

Kollegen, schließt Euch unserem Verbande an.

Über die gescheiterten Tarifverhandlungen seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Am 25. Februar nahmen im Buchgewerbehaus zu Leipzig unter der Leitung des Herrn Stadtrat Adermann die Tarifverhandlungen ihren Anfang.

Anwesend waren je 2 Vertreter des Vereins deutscher Steinindruckerei-Besitzer und des deutschen Senefelder-Bundes mit beratender Stimme; je 9 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter und je 9 Erfahndinnen. Der Vertreter des Verbandes der Lithographen und Zeichner (Lithographenbund), Sig Röhrberg, wurde nicht zugelassen.

Bezüglich der Arbeitszeit wurde seitens der Arbeitgeber für Lithographen 8 Stunden, für Steindrucker 9 1/2 Stunden vorgebracht. Von Seiten der Gehilfen bestand man darauf, für Lithographen 8 und für Drucker 9 Stunden festzulegen.

Mindestlohn schlugen die Prinzipale für Ausgelernte im 1. Jahr 16,50 M. und später 18 M. vor.

Die Gehilfen bestanden auf 21 bzw. 25 M. Diese Anträge wurden alle mit Stimmgleichheit abgelehnt und zurückgestellt.

2. Verhandlungstag.

Herr Dr. Biskott-Breslau gab als Prinzipalvertreter folgende Erklärung ab:

„Bei einer Tarifdauer von 5 Jahren soll die Arbeitszeit für Lithographen und Steindrucker 9 Stunden betragen. Wo für Lithographen eine längere Arbeitszeit besteht, soll die 8-stündige Arbeitszeit bis 1. Januar 1907 eingehalten sein. Wo kürzere Arbeitszeit besteht, bleibt es wie bisher.“

Hierauf berieten die Gehilfen und erklärten folgendes:

„Bei einer Tarifdauer von höchstens 3 Jahren soll die Arbeitszeit für Lithographen 8, für Steindrucker 9 Stunden betragen. Wo für Lithographen eine längere Arbeitszeit besteht, soll die 8-stündige Arbeitszeit bis 1. Januar 1907 eingehalten sein. Wo kürzere Arbeitszeit besteht, bleibt es wie bisher.“

Das Resultat beiderseitiger Abstimmungen ergab Ablehnung sämtlicher Vorschläge. Die Verhandlungen wurden am Montag, 26. Februar, nach einigen Erklärungen als gescheitert erklärt und abgebrochen. Herr Stadtrat Adermann gab sich alle Mühe, die Parteien zu einem nochmaligen Verhandeln zu bewegen, was ihm schließlich auch gelang; allein es konnte keine Einigung mehr erzielt werden.

Die Prinzipale machten die Tariffrage von der fünfjährigen Dauer abhängig, die Gehilfen hielten an der dreijährigen fest.

Die Gehilfen machten ferner den Vorschlag, daß bei 8- und 9-stündiger Arbeitszeit die Geschäfte mit 8 1/2-stündiger Arbeitszeit sofort mit 8 Stunden zu beginnen. Längere als 8 1/2 sei sofort auf 8 1/2 zu verlängern und vom 1. Juli 1907 sei überall 8 Stunden einzuführen. Allein auch hierin wurde man nicht einig und die Verhandlungen wurden mit Dankesklärungen an den Herrn Stadtrat Adermann am 27. Februar nachmittags als endgültig abgebrochen.

Aus der Papierbranche.

Immer mehr bricht sich unter unseren Papierarbeiterkollegen die Erkenntnis Bahn, daß auch hier nur durch den Zusammenschluß die Besserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist.

In vielen Papierfabriken bestehen noch recht eigenartige veraltete Verhältnisse, deren Bestehen aber nicht gerade ausschließlich dem bösen Willen der Arbeitgeber zu zuschreiben ist, sondern vielmehr der Gleichgültigkeit der betreffenden Arbeitnehmer selbst. Solange die Arbeiterschaft sich nicht einig ist, die einzelnen Mithilfe sind breit und den Arbeitgeber darauf aufmerksam macht, solange erbt sie auch letzter nichts ungeregelt in seinem Betriebe. Der Einzelne allerdings kann nicht gegen Mithilfe rücksichtig vorgehen, wenn die andern nicht einig sind. Es müssen auch unsere Kollegen sich hüten, schimpfend und polternd gegen Arbeitgeber und Vorgesetzte sich zu benehmen, weil dadurch sehr leicht unsere ganze Bewegung in ein schiefes Licht gerückt wird. Unser Bestreben muß sein, ruhig lächlich zielbewußt vorzugehen. Und daß auf diese Weise auch etwas erzielt wird und man sich Achtung verschafft, haben wir es in der letzten Zeit in der Agitation praktisch erfahren.

Sie haben wir von einer angesehenen Firma (Papierfabrik) Rheinlands durch unser ruhiges, friedliches Eintreten erreicht, daß man sich unserem Verbände gegenüber gewissermaßen freiwillig verschrieben hat, jederzeit mit uns verhandeln zu wollen und versprochen, freiwillig die Löhne zu erhöhen (was tatsächlich auch geschehen ist).

In einer anderen Firma hat unsere Ortsgruppe (Wendersdorf) erreicht, daß der Arbeitgeber sich bereit erklärt hat, die Angelegenheit bezügl. der Fabrikantentafel mit seinen organisierten Arbeitern deren Wünschen gemäß zu regeln resp. zu verbessern.

Kollegen, lasst mir daher niemals außer Acht, was wir wollen, unser Ziel in wirtschaftlicher Hinsicht ist. Hebung unseres Standes. Nicht Gehärtigkeit, nicht Stumpf, sondern etwas erreichen. Dazu gehört aber, d. h. wenn es von Bedarf sein soll, eine gegenseitige friedliche Verständigung. Darum Kollegen, seid gerade jetzt schön klug, verfallt nicht in Kindertanthalten und schadet Euch selbst dadurch und Eurer Organisation.

Unsere Agitation unter den Papierarbeiter-Kollegen schreitet ruhig und sicher voran. Mögen deshalb allerorts die Papierarbeiter sich sammeln und sich ihren Kollegen, die bereits in hübischer Anzahl dahinbrechen vorangegangen sind, recht zahlreich anschließen. Denn nur vereint sind wir instande, unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage zu heben. Den organisierten Kollegen rufe ich nochmals zu, arbeitet rastlos weiter, aber klug und tapfer, damit eure Arbeitgeber euch die Achtung nicht versagen können.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer! sei unsere Parole.

Der Arbeitsmarkt im Januar 1906.

(Aus dem Reichs-Arbeitsblatt.)

Die Gestaltung des Arbeitsmarkts im Januar 1906 wurde stark beeinflußt einerseits durch die milde Witterung, welche die Arbeiten im Freien ohne Unterbrechung gestattete, andererseits durch das Bewußtsein des Einflusses der neuen Handelsverträge, welche in einer Reihe von Industrien verstärkte Produktion zwecks Ausfuhr vor dem 1. März zur Folge hatte. Die Stille auf dem Arbeitsmarkt, welche sonst den Januar kennzeichnet, trat daher, zumal in der zweiten Hälfte des Monats, nicht so stark hervor, wie in sonstigen Jahren. Im Kohlenbergbau war

die Beschäftigung sehr lebhaft infolge der gestiegerten Anforderungen der Industrie, wobei das Nachlassen des Wagenmangels im günstigen Sinne auf Förderung und Absatz einwirkt. Die Eisen- und Metallindustrie stand besonders stark unter der Einwirkung der bevorstehenden Solländerungen. Zahlreiche Bestellungen mit Lieferfristen vor dem 1. März hatten eine gegen die Vormonate noch verstärkte Tätigkeit zur Folge. Auch den genannten Termin wird ein gewisser Abschlag erwartet. Deutliche Beobachtungen liegen auch in der elektrischen und chemischen Industrie vor. Die Textilindustrie wurde auch im Januar durch Preissteigerungen ihrer Rohstoffe beeinträchtigt, ohne daß die Beschäftigung des Arbeitstandes dadurch eine Beeinträchtigung erlitten hat. Im übrigen waren in den einzelnen Gewerben Saisonverhältnisse von ausziehender Bedeutung. Die verhältnismäßig günstige Gestaltung des Arbeitsmarkts taucht auch darin zum Ausdruck, daß die Beschäftigungsquoten bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebstypen im Januar um 424 Personen stieg, während sie bei den gleichen Räumen im Januar des Vorjahrs um 57790 sank. In der Vermittlungstätigkeit des Arbeitsmarktes macht sich die winterliche Jahreszeit im Sinne verstärkten Angebots von Arbeitskräften geltend; die Vermittlungsergebnisse waren im anberaumten der Jahreszeit als normal anzusehen, in einzelnen Teilen Süddeutschlands (Baden) werden sie sogar als sehr günstig bezeichnet.

Die Beobachtungen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Januar 1905 um 18516 172 M. höher als im Januar 1903. Es bedienten sich gegen das Vorjahr eine Mehrzähne von 348 M. oder 17,18 Proz. auf den Kilometer.

Die Arbeitslage in der Papierindustrie wird in allen Berichten gleichmäßig überstimmt als durchaus befriedigend bezeichnet; gegenüber dem Dezember ist wie gewöhnlich ein hoher Absatz festgestellt. Die Kartonagenindustrie war im allgemeinen stetig beschäftigt und steht sich etwa auf der Höhe des Vorjahrs. Beschilderte Bergförderungen und Neuauflagen von Einschlagsbriefen sind im Norden Deutschlands wie auch in Bayern in Betrieb genommen worden. Der Bedarf an geschulten Arbeitskräften war größer als die Nachfrage. An ungefährten Arbeitern bestand Überangebot, da viele Fabriken nach Weihnachten umfangreiche Entlassungen vorgenommen haben.

Im Buchdrucksgewerbe war die Beschäftigung im Durchschnitt als befriedigend oder ziemlich gut zu bezeichnen, besonders stark war in Berlin im Januar. Die Lohnverhältnisse sind allgemein durch festen Tarif gegeben, nur vereinzelt und nach Vereinbarung wird Überarbeit getestet.

Der Beschäftigungsgrad in der Ohmacher Porzellan- und Gartnierzarenfabrikation war im Januar allerdings gegenüber dem sehr günstigen Stande des Vorjahrs nicht unmerklich abgesunken, er war jedoch besser als im Januar 1903. Arbeitsmangel herrschte nicht, eher war ein Überangebot an Arbeitskräften festzustellen.

Die Unfälle und Unfallverhinderung im Jahre 1904.

Die Nachweisen des Reichsversicherungsamtes über Unfallwesen bringt das Reichsarbeitsblatt, denen wir folgende Zahlen entnehmen:

Als Träger des Versicherungswesens fungieren 114 Berufsgenossenschaften, und zwar: 66 gewerbliche, 48 landwirtschaftliche. Ferner erstreden sich die Nachweisen aus 508 Ausführungsbehörden, wovon 199 staatliche und 304 Privatiale und Kommunale und auf 14 Versicherungsanstalten, von welchen 12 den Baugewerbeversicherungsverein tragen, 1 der Eisen- und 1 der Seeberufsgenossenschaft angegliedert sind.

In den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften waren versichert 602389 Betriebe mit 7609 146 durchschnittlich Beschäftigten; auch 69 staatliche Ausführungsbehörden mit 468 755 Betrieben; auch 62 staatliche Ausführungsbehörden mit 468 736 Betriebene unterscheiden dem Gewerbe- und Unfallversicherungsgesetz.

Die Gesamtzahl der versicherten Personen betrug im Jahre 1904 18 716 225 gegen (17 965 422 im Jahre 1903). Die Zahl der Unfälle ist erheblich gestiegen. Sie betrug im Jahre 1904 583965 (530 507). Die 187 673 gegen (120 375 im Jahre 1903) wurden als entzündungspflichtig erkannt. Davon hatten 8752 (8370) den Tod und 1604 (1588) eine mutmaßlich dauernde völlige Einkommensfähigkeit der Verletzten zur Folge. Die durch Unfall zu Tode gekommenen hinterließen 19 100 Angehörige, die reantenberechtigt waren. Davon waren 6151 (6077) Witwen.

An Entzündungsbeträgen wurden 1904 gezahlt: von den Berufsgenossenschaften 114 664 445,84 M. (1098 106 018 390,86 M.), von den Ausführungsbehörden 10 212 935,66 M. (9574 716,08 M.), von den Versicherungsanstalten der Baugewerbe-Berufsgenossenschaften, der Eisen- und der See-Berufsgenossenschaft 1744 350,57 M. (1658 458,00 M.). Gesamtsumme: 126 641 740,46 M. (117 246 500,00 M.). Davon wurden 30 740 M. (24 782,92 M.) den Verletzten und ihren Angehörigen für die Zeit nach dem Ablauf der gesetzlichen Wartezeit von den Versicherungssträgern freiwillig gewährt. Mit 2446 Verletzten wurde anstatt einer dauernden Rente eine einmalige Kapitalzahlung auf ihren Antrag hin gewährt, wofür 1041 243,96 M. (1093 801,30 M.) aufgewendet wurden. Mit den Kosten für die Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartezeit, welche 667 225,87 M. ausmachten, wurden im Jahre 1904 pro Tag 348,00 M. an Unterstützung gezahlt.

Die Gesamtziffer der Unfälle ist also um circa 53000 Fälle, die Bisher-Zahl der Todesfälle um etwa 400 höher wie 1903.

Die Verwaltungskosten betragen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 8148 397,84 M., bei den landwirtschaftlichen 2987 151,65 M.; sie sind bei den

einzelnen Berufsgenossenschaften sehr verschieden.

Die Referatsfonds der Berufsgenossenschaften betrugen 1904 zusammen 197 071 473,01 M. (179 922 501,78 M.) hingegen kommen 4 530 866,88 M. (4 447 104,50 M.) rückständige Entgelte.

Die Steigerung der gezahlten Unterstützungen ist also nur auf die kolossale Steigerung der Zahl der Unfälle zurückzuführen. Die Zahl der Unfälle überhaupt, insbesondere aber die Zahl der Todesfälle, bilden einen sprechenden Beleg dafür, wie groß die Epizie sind, welche die Arbeiter am Sein und Leben erleiden.

Rach dem 1. März hatten eine gegen die Vormonate noch verstärkte Tätigkeit zur Folge. Auch den genannten Termin wird ein gewisser Abschlag erwartet. Deutliche Beobachtungen liegen auch in der elektrischen und chemischen Industrie vor. Die Textilindustrie wurde auch im Januar durch Preissteigerungen ihrer Rohstoffe beeinträchtigt, ohne daß die Beschäftigung des Arbeitstandes dadurch eine Beeinträchtigung erlitten hat. Im übrigen waren in den einzelnen Gewerben Saisonverhältnisse von ausziehender Bedeutung. Die verhältnismäßig günstige Gestaltung des Arbeitsmarkts taucht auch darin zum Ausdruck, daß die Beschäftigungsquoten bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebstypen im Januar um 424 Personen stieg, während sie bei den gleichen Räumen im Januar des Vorjahrs um 57790 sank. In der Vermittlungstätigkeit des Arbeitsmarktes macht sich die winterliche Jahreszeit im Sinne verstärkten Angebots von Arbeitskräften geltend; die Vermittlungsergebnisse waren im anberaumten der Jahreszeit als normal anzusehen, in einzelnen Teilen Süddeutschlands (Baden) werden sie sogar als sehr günstig bezeichnet.

Die Beobachtungen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Januar 1905 um 18516 172 M. höher als im Januar 1903. Es bedienten sich gegen das Vorjahr eine Mehrzähne von 348 M. oder 17,18 Proz. auf den Kilometer.

Die Arbeitslage in der Papierindustrie wird in allen Berichten gleichmäßig überstimmt als durchaus befriedigend bezeichnet; gegenüber dem Dezember ist wie gewöhnlich ein hoher Absatz festgestellt. Die Kartonagenindustrie war im allgemeinen stetig beschäftigt und steht sich etwa auf der Höhe des Vorjahrs. Beschilderte Bergförderungen und Neuauflagen von Einschlagsbriefen sind im Norden Deutschlands wie auch in Bayern in Betrieb genommen worden. Der Bedarf an geschulten Arbeitskräften war größer als die Nachfrage. An ungefährten Arbeitern bestand Überangebot, da viele Fabriken nach Weihnachten umfangreiche Entlassungen vorgenommen haben.

Im Buchdrucksgewerbe war die Beschäftigung im Durchschnitt als befriedigend oder ziemlich gut zu bezeichnen, besonders stark war in Berlin im Januar. Die Lohnverhältnisse sind allgemein durch festen Tarif gegeben, nur vereinzelt und nach Vereinbarung wird Überarbeit getestet.

In einer ähnlichen künftigen, läppischen Weise beginnt die Buchdrucker-Ztg. ihren „Partititel“ in Nr. 8, der sich mit unserem in Nr. 4 unseres Organs befindet: „Artikel Das Hamburgische Echo“ beschriftet.

Zuerst bringt sie den ganzen Artikel wörtlich, möglicherweise damit daran, kommt doch durch den Abdruck in der „Buchdrucker-Ztg.“ der Artikel Kollegen zu Besichtigen und zur Beurteilung, an die wir nicht herantreten können.

Der Herr Verfasser (anscheinend Herr Emil Stahl) meint, sie hätten das Referat aus Hamburg deshalb nicht bringen können, weil es ihnen nicht eingangs wurde und zum Beweise, daß man sich nicht identisch, auch solche Rechte zu bringen, droht man unsern ganzen Artikel ab. Möge die Buchdrucker-Ztg. nur so fortfahren. Aber woher kann dann der Nutzen finden, noch von Neutralität zu schwören, verzögert auch unter „bedenklicher Unterhandlung“ nicht?

Man vergleiche nur diese Redereien aus Hamburg mit dem „Essener Brief“ in Nr. 10 der Buchdrucker-Ztg. Wie rißend und brav wird da geschrieben:

„Unter anderem stehen uns noch zwei Kollegen, Mitglieder des soz. Gewerbevereins, fern. Ist es nicht puren Terrorismus, wenn diese Kollegen seitens der Vereinsleitung vor die Alternative gestellt werden: Entweder aus dem Verband oder aus dem Gewerbeverein? Hat denn die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas mit der Religion zu tun?“

Aber das darf man alles ruhig dringen. Die Gelehrten wissen schon, wie es gemeint ist. In Hamburg, Berlin und Leipzig räubt es rot, im Rheinland neu-tral.

Weiter meint er, wir hätten den Artikel „Christlich-katholischer Streitbrecher“ aus Nr. 2 der Buchdrucker-Ztg. unsererseits ganz mittelen sollen und nicht nur die 6-7 Seiten, die von der angeblichen „Neutralität“ des Buchdrucker-Verbandes handeln.

Ja, was geben denn uns die lath. Arbeitervereine Berlins an? Einmal mügte die Buchdrucker-Ztg. schon berücksigen, daß nicht die lath. Gewerbevereine gemeint seien, sondern die lath. Arbeitervereine Berlins.

Jetzt verfügt man, diese Leute uns in die Schule zu schicken. Man sollte doch wissen, und das weiß man auch, daß die christlichen Gemeinschaften mit den lath. Arbeitervereinen und den lath. Fachabteilungen „Berliner Richtung“ in heftiger Feinde liegen.

Das bringt dieselbe Buchdrucker-Ztg. fertig, die noch läufig aus Hagen berichtet mußte, daß sich unsere dortigen Kollegen ganz korrekt benommen haben.

Wenn man Streitbrecher lügen will, braucht man nicht zu uns zu kommen. Die befinden sich im roten Lager genug (Sodingen p. B.).

Die Altonaer Kollegen werden sich gedacht haben, die Buchdrucker-Ztg. habe in der jüngsten bewegten Zeit nicht Raum für derartige ausführliche Berichte.

Da haben die Altonaer Kollegen Recht. Die Buchdrucker-Ztg. muhte Raum haben für den Zweckpunkt gewissenhaften Schmied und Kloß.

Aus dieser bewegten Zeit haben wir schon verschiedene mitgeteilt, nur das Finale noch nicht. In der nächsten Nummer soll dann auch dieser Vorgang mitgeteilt werden zum Beweise, welche hohe, obige Besinnung die Herren an der Spitze des deutschen Buchdrucker-Verbandes befreit. In Nr. 9 derselben Ztg. verfügt nun der „Verbrecher“, wie er sich nennt, des Referats in Hamburg-Stoll, Schlegel, seinen Standpunkt zu verteidigen. Das gibt nun ein Aufsehen. Um es kurz zu machen, eine einzige Aussage:

College Schlegel hält es für durchaus von der Neutralität der Gewerkschaften verwerthbar, auch solche Vorträge zu halten, weil es ja keiner verwehet sei, auch Vorträge in entgegengesetzten Sinne zu halten, vorausgesetzt, daß derselbe Zuhörer finde. Komische Zustände würden dabei herauskommen. In einer Versammlung haur man das

Christentum, in der nächsten Versammlung den Atheismus. In einer Versammlung precht man die Sozialdemokratie als das Aldeutmittel, in der nächsten Versammlung wird sie hingestellt als Brot für den Arbeiterinteressen.

Spiellehreter!

Unbedingt verzichtet er auf die Christ. Kollegen. Das halten wir auch für das Richtige. Wir verfehnen dann nur nicht, weshalb man sich noch mit der Neutralität“ qualità und sich beleidigt fühlt, wenn mit Vorträten über sozialdemokratischen Verband sprechen. Weder man sich dazu durchdringen, so wäre die Situation gefährdet und ein gemeinsames Arbeiten bei Lohnbewegungen leichter.

Solange man aber so fortwährt wie jetzt, mit zwei Geschichten, solange werden wir sagen: Bauernsänger!

„Ich weiß, die Kirche ist immer gegen jede Wissenschaft gewesen, die nicht ihren Zwecken dient war. Ihr „geistiges“ Kampfmittel war der Scheiterhaufen. (Siehe Waller, Giordano Bruno u. a. u.)“

„Schlegelische Wissenschaft!“

Franz Mehring sagt: „Es sei zum Handlungen“.

Ja, wenn Rosenow der Lehrer ist, kann man mit 2 Jahren eine 200-jährige Geschichte abrufen. Aber wie urteilt Geschichte von Vollmar über Rosenow?

Trifft sein Urteil nicht auch Sie, Herr Kollege?

Wir meinen, wenn eine Partei, die Urtage hat, bloß will zu sein, von Unterdrückung anderer Meinung zu reden, dann sicher die Sozialdemokratie.

„Geiste“ lassen — Raumpföhle! Stotternschnell usw., von den Greueln der Revolutionen ganz zu schweigen. Von den ersten Verbänden muß gewiß der Buchdrucker-Verband an einer Stelle den Mund halten. (Redakteur Schmidt)

Das der Schulgegenturk auch seinen Sieg bringt, ist nicht weiter verwunderlich. Jetzt noch der letzte Trumpf:

„Heraus aus der Kirche!“

Und dann sind wir immer noch „neutral“. Und das ist keine „Heuchelei“. — Das ist ein „hohes städtischer Standpunkt“ (à la Daugy).

Die patentierten Arbeiterfreunde.

Betrübtlich suchen die „freien Gewerkschaften“ das „Alte“ einzig und allein nur in der sozialdemokratischen Partei. Wir haben nun des öfteren Gelegenheit gehabt, diese Arbeiterfreundlichkeit zu beobachten. So z. B. bei der Schutzgegenleistung im Bezug auf die Belastung der Automobilsteuer, wo überall die Herren Gewerkschaften für den Schutz des Großkapitals eingetreten sind.

Neuerdings aber ist ein alten trauter Beweis geliefert worden, als daß er nicht allerwärts entschieden gebraucht zu werden verdiente, nämlich:

Die sozialdemokratischen Abg. Albrecht und Genossen haben im Reichstage folgende Resolution eingebracht:

„In dem Herrn Reichstagsabgeordneten bekannt, daß am 10. Juli 1905 auf der Konferenz des „Borussia“ der Vorstand infolge eines Schachthauses 39 Arbeiter getötet wurden sind?“

„Ist dem Herrn Reichstagsabgeordneten bekannt, weshalb die Urfäulen des jüdischen Bürglads noch immer nicht amtlich bekannt gemacht und die schuldigen Personen zur Verantwortung gezwungen worden sind?“

„Ist dem Herrn Reichstagsabgeordneten bekannt, daß die „Borussia“-Katastrophe durch Aufräumung der allernotwendigsten Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen herbeigeführt wurde, und was geschieht der Herr Reichstagsabgeordnete zu tun, damit ähnlichen Gräueltaten glücklich vorgebeugt wird?“

Diese Resolution stand am 6. Februar auf der Tagesordnung. Wie zu erwarten, lehnte der Reichstag die Beantwortung der Interpretation ab, weil es sich um eine speziell preußische Bergbauangelegenheit handelte und diese im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden müsse.

Nun stellt der Abg. Singer den Antrag, trotzdem in die Besprechung der Angelegenheit einzutreten. Die zur Unterstüzung dieses Antrages notwendigen 50 Stimmen kamen bei der Abstimmung über den Antrag nicht zusammen, obwohl auch die anwesenden Mitglieder der freisinnigen Parteien, des Zentrums und der Antisemiten dafür stimmen. Der Antrag war somit abgelehnt.

„Mit Recht schreibt der Bergmanns-, das Organ des Bergarbeiter-Verbandes:

Durch diese Abstimmung ist die so viel betonte Arbeiterfreundlichkeit der sozialdemokratischen Partei wieder einmal gräßlich beleuchtet. Sie bringt eine Resolution ein, um das Borussiaunplikt zur Sprache zu bringen und kann nicht einmal 50 Stimmen zusammenbringen, um die Beantwortung zu ermöglichen. Von den 78 sozialdemokratischen Abgeordneten waren etwa 20 anwesend. 20 Abgeordnete von 78 bringt die Sozialdemokratie zusammen, wenn es heißt, sie der Bergarbeiter anzunehmen; und dabei nennt man sich „einzig wahre Arbeiterpartei“. Es wäre zumachen, wenn es nicht so tiefratzt wäre. Ganze 20 Männer werden zusammengebracht trotz der Parteidaten, welche allen sozialdemokratischen Abgeordneten die Mitarbeit im Reichstag ermöglichen.

Man sieht also den Ernst der Arbeiterfreunde der Herrn Gewerkschaft. Tieflich sind die Sitze des Bergmanns aus den sozialdemokratischen Organen, wie z. B. „Der Volksstaat“ in seiner Nr. 60 vom Jahre 1874 schreibt:

„Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre Partei; läßt sie sich auf den Boden des Parlamentarismus laden, so hört sie überhaupt auf zu sein. Wir beteiligen uns an den Reichstagswahlen und schicken Vertreter in den Reichstag, ausdrücklich zu agitatorischen Zwecken.“

Heute deutet man auch ebenso. Der Abg. Meiss sagte im Jahre 1903 auf dem Dresdenner Bortestag:

„Bei dem ganzen Parlamentarismus ist nichts Positives zu holen, es ist uns nur Mittel zum Zweck.“

Selbst Böbel hat das auf dem Parteitag in Jena zugetan. In seinem Referat "Der politische Maßrest und die Sozialdemokratie" führt er aus, daß der Reichstag jetzt viel mehr Einfluß habe wie früher und "nur dann fort".

Wer jedoch glaubte, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die gewaltstärkste im Reichstage, einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausüben, der urteilte vollkommen falsch, denn eine Partei kann, so lange sie nicht in der Regierung sitzt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steht Euer Programm in die Tasche, verlängt Euren prinzipiellen Standpunkt, bestimmt Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen willkommen sein."

Diese handgreiflichen Beweise hindern aber die "freien" Gewerkschaften nicht die sozialdemokratischen Bemühungen nach allen Dimensionen hin zu propagieren. So schreibt vor einiger Zeit die "graphische Presse", das Organ des deutschen Gewerkschaftsbundes "neuer Ordnung", am Schluß eines Artikels, "ein scharfer Wind":

"Zest nur sozialdemokratische Zeitungen".

Aus dem Steindruckerei-Gewerbe.

Die Lithographen Leipzigs versprachen am 24. Februar in einer stark besuchten Versammlung Misstände in der Privat lithographie. Der Lithograph Paul Barthel aus Berlin wies auf die Überhandnahme in der Privat lithographie hin, durch welche eine Art Schnitzkonkurrenz groß gezeigt werde. Der vierte Teil aller in Leipzig befindlichen lithographischen Werkstätten befände sich in den Händen der Privat lithographen, die ein Drittel aller in Leipzig arbeitenden Gehilfen beschäftigen. Der Durchschnittslohn betrage für Gehilfen in lithographischen Anstalten 30 und in den Privat lithographien 27 Alt. die Woche. Die dem Gewerkschaftsbund angehörenden Lithographengehilfen sind der Ansicht, daß die Schnitzkonkurrenz der Privat lithographen durch geschäftsweise Arbeitsniederlegung und durch Auertumung des in jüngster Zeit zu vereinbarenden Tarifes befreit werden könnte. Sie wollen die Privat lithographie nur noch als Auslässe annehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heute zusammengefügten Lithographen erkliden in der Aussicht, welche die Privat lithographie in der jüngsten Zeit genommen hat, eine ernste Gefahr für ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie ersuchen die Gehilfenveteraner, bei den Tarifverhandlungen dahin zu wirken, daß innerhalb der Tarifbestimmungen solche aufgenommen werden, welche den in Anstalten tätigen Lithographen zusage vor der Schnitzkonkurrenz gewähren. Sollte letzteres nicht geschehen, so ist die Gehilfenschaft gewillt, zu Zukunft schärfer als bisher gegen bestehende Misstände in der Privat lithographie vorzugehen."

Zur Ausichtspoststellensteuer. Hunderte von Firmen und Kaufleuten haben sich dem Posttarifententeil angeschlossen.

Auch wir haben bereits hinsichtlich dieser Angelegenheit unser Standpunkt klar gelegt und uns gegen eine tarifarische unter Gewerkschaftliche Steuer abgesprochen. Es ist nun auch beglaubigte Aussicht vorhanden, daß ich im Reichstag die Sache so gestellt, daß der Antrag unter dem Etich des Hauses verworfen wird.

Das aber bei diesen Protestlindungen mehr politische Aktionen und Werbetreibungen dabei herauskommen, ist mir eben ruhig denkendem Beobachter klar zu sehen.

So schreibt z. B. der "Lithograph", das Organ des "neutralen" Lithographenbundes von einem Antrag der "ultramontanen Kulturfürde".

Wir begreifen dabei zweierlei nicht:

1. Was hat ein solcher Sieg zu bedeuten, der sich gegen den katholischen Teil der Mitglieder dieses Verbandes richtet, in einem "neutralen" Verbandsorgan? — oder — ?
2. Kann doch nicht ausschließlich von einer Kulturfürde sprechen, die Rede sein bei der Posttarif-

steuer?

Wir verlangen ja nicht, daß die Verbandsleitungen "freier" Gewerkschaften aus der Hand fahren sollen, aber etwas Vorstufe dürfte empfohlen werden, besonders bei "alterer" Föderation — ?

Ein katholisch mit Ausichtspostenarten großer Unfug gerichtet wird, darüber wollen wir uns als Kaufleute nichts weig machen.

Wir waren selbst schon tätig in Kunstanstalten, wo Ausichtsposten sehr viel gemacht wurden, kennen auch viele beratige Firmen und haben gefunden, daß z. B. bei Poststellen und zeitigen Ansichten oder Bildern der gemeinsame Antrag gestellt wird, ohne Rücksicht, ob dabei nicht etwa zahlreiche Arbeiter ihr Brod finden — anderthalb haben wir die Erfahrung gemacht, daß auch durch Poststellen sehr unstillbare Darstellungen und derartiger Schnell geliefert wird, der sicher im Interesse der Kultur steht.

Aber nur immer die Kirche beim Dorf gelassen und nicht gleich aus der Hand fahren.

Wir wissen ja auch noch gar nicht, ob die "wahren und einzigen Arbeiterveteraner" bei der Abstimmung stimmen und — ? Die letzten Abstimmungen im Reichstag bezügl. "Automobilsteuer" und "Porussia-Unglücksversicherungen zu den „wahren“ Hoffnungen.

Kundschau.

Das Wachstum der christlichen Gewerkschaften wird auch von der Hirsch-Dunker'schen Richtung anerkannt. Das in Düsseldorf erscheinende "Hirsch-Dunker'sche Blatt der Arbeit" schreibt diesbezüglich:

Die christlichen Gewerkschaften sind nicht unerheblich gewachsen; ihr Zusatz wird auf mindestens 50—55 000 Mitglieder geschätzt. Dieser Zusatz der christlichen Gewerkschaften beschränkt sich nicht allein auf

Rheinland-Westfalen, sondern die christlichen Gewerkschaften fassen auch allmählich in Gegenden auf, wo man das noch vor einigen Jahren für fast ausgeschlossen hielt. In Ost- und Westpreußen sind sie vorgetreten, in Mitteldeutschland und selbst in den "roten" Sachsen ist es ihnen gelungen, Filialen ins Leben zu rufen. Mönen sie es selbstverständlich auch nicht mit den freien Gewerkschaften in ihrer Brüderlichkeit und dem Mitgliedsvergnügen aufnehmen, so ist es doch innerhin schon als schiefend zu betrachten, daß den freien Gewerkschaften allmählich ein Konkurrent entsteht, denn diese nicht dauernd ignorieren können. Da bei darf nicht vergessen werden, daß die christlichen Gewerkschaften viel jünger sind, als die freien Organisationen und die innere Vermehrungssatzung erst in der Ausbildung begriffen ist. Aber auch hieran arbeiten sie mit allen Kräften, haben sie doch heute schon einen Bevölkerungsstab von 120 Betrieben aufzuweisen. Ob da Logens Wort, nach dem, solange er an der Spitze der freien Gewerkschaften steht, nie die christlichen Verbände als gleichberechtigte Organisationen anerkannt werden sollen, sich seitens der freien Gewerkschaften dauernd anstrengt erhalten lassen wird, ist sehr zu bezweifeln. Die Tatsachen sind eben eherne, als alle faulen Grundätze, die man sich zuzunehmen vorsieht.

Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften hatten im vergangenen Jahr einen Zusatz von 4254 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt demnach 116143. Auf die einzelnen Gewerkschaften entfallen folgende Mitgliederzahlen: Bauarbeiter 1278 (im Vorjahr 1331), Bergarbeiter 2189 (597), Bildhauer 439 (456), Bildergeselle und Tabakarbeiter 1287 (1102), Fabrik- und Handarbeiter 2054 (21179), Graphische Berufe 2075 (2000), Kaufleute 13071 (12106), Rüstodien 282 (315), Maschinenbau- und Metallarbeiter 49713 (43627), Schlossermeister 222 (214), Schneider 3686 (3890), Schuhmacher und Ledarbeiter 5430 (5690), Stahl- (Tegill-)Arbeiter 5228 (4900), Tischler 8078 (8679), Töpfer 1744 (1621), Fräser 1063 (1160), Schmied 60 (90), Bergmälzer 42 (42), Bergoldar 12 (12), Brauer 210 (172). Die eingeflossenen Zahlen geben den Mitgliedsstand am Schluß des Jahres 1904 an. Es sind nur wenige Gruppen, die eine Zunahme zu verzeichnen haben. Wegenüber den mächtig voranschreitenden christlichen Gewerkschaften geraten die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften völlig ins Hintertreffen.

Das haben diese Leute ihren Halbtassen zu verbauen. Auf der einen Seite sind und wollen sie Gewinn sein bei den Arbeitgebern, lassen sich von denselben sogar Prämien geben, auf der anderen Seite sind sie oft radikaler als die "Bewegten" (a la Hartmann). Unsere Zeit verlangt keine Grundsätze, entweder fast oder warm.

Hochstundung in Amerika. Die in den Vereinigten Staaten von den Buchdruckern geforderte Einführung des Hochstundentags wird von den dortigen Buchbindern in absehbarer Zeit gleichfalls gefordert werden, da dieselben zu diesem Zweck die Erhebung einer Extrasteuer befürworten. Anfangsmittel eines Widerstandsfonds von 200 000 Dollar beschlossen haben.

Seht, Kollegen, wie die Amerikaner vorsichtig sind. Das sind nicht Draufgänger; ehr Opfer bringen, sondern

fassmännisch, die Kasse füllen, nehm euch ein Beispiel.

Buchbinden-Abstimmung in Frankfurt/W. Zu deutlicher Auskunft, die in März und April vom Mitteldeutschen Kunstgewerbeverein im Kunstmuseum veranstaltet wird, sind zahlreiche Anmeldungen aus dem In- und Auslande, namentlich aus Frankreich eingetroffen. Außer Berufs- und Liebhaber-Buchbindern beteiligen sich auch Museen und Bücherfreunde.

Preiserhöhung für Buchdruck in Copenhagen. Der zwischen den Buchdruckereibesitzern und Schriftsetzern festgelegte neue Lohntarif, durch den letztere wesentlich besser gestellt sind, veranlaßte den Verein der Buchdruckereibesitzer in Kopenhagen, die Preise für alle Buchdruckarbeiten um 10 v. H. zu erhöhen.

Neuer Tarifvertrag verhandelte man Sonnabend im Reichstag. Dazu schreibt die Zeitung "Das Reich". Es ist bekanntlich von den Behörden in nachdrücklicher Weise die Klausur aufgenommen worden, daß Druckereien an die Druckaufträge vergeben werden, tarifmäßig entlohnen müssen. Es wäre ein moralischer Gewinn, wenn die Reichsdruckerei auch ihrerseits den Tarifvertrag annehmen würde. Die materielle Verbesserung der Arbeit wäre damit kaum gegeben. Die Reichsdruckerei entlohnt gut und der Tarifgebote erzielte eine wertvolle Stütze, wenn auch die Reichsdruckerei ihre anerkannt wolle. Zum Ausbau des Tarifgedankens erschien uns freilich dann auch ein anderes unerlässlich. Es ist nötig, daß auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite alle Organisationen am Abschluß des Vertrages, ohne Städtevereinigung ihrer Mitglieder, entsprechend beteiligt seien. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Monopolstellung, die der "Verein" Deutscher Buchdrucker-Verband für sich beansprucht, ist eine ernste Gefahr für den Tarifgedanken. Wenn jetzt langsam die Vorberedung für den Tarif in Gang kommt, muß darauf hingewiesen werden. Ein Tarif, abgeschlossen ohne den christlichen Verband für das graphische Gewerbe und ohne den Gütenbergbund, leidet an schwerem Mangel. Noch ernster aber ist eine andere Gefahr. Man spricht davon, es beabsichtige der "Freie" Deutsche Buchdrucker-Verband eine Umgestaltung des Arbeitsbeschaffungswesens, der den Verbanden eine Monopolstellung schaffe und alle Richterbänder erst in zweiter Linie zur Arbeit zuläßt. Eine solche Ausübung des Tarifgedankens zur Niederdrückung anderseitiger Arbeitersorganisationen und zur Vernichtung des Organisationszwanges, wäre geradezu ein "Selbstmord des Tarifvertrages". Es wären die Böhrden in der Lage, eine Bestimmung zugunsten von Buchdruckereien zu geben, die sich einem solchen Tarifvertrag unterwerken würden. Man müßte geradezu die Oeffentlichkeit warnen, ihre Aufträge Druckereien zu zugeben, die sich eine solche Zwangsjacke nicht gefallen lassen. Wir hoffen, daß die Einsicht und der gesunde Sinn in Buchdruckereien bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern stark genug ist, derartigen mahnhaften Tertiorismus im Fleime zu erziehen.

Aus der englischen Gewerkschaftsstatistik. Die neuzeitliche englische Gewerkschaftsstatistik für Ende des Jahres 1904 zeigt nach dem 15. Bericht des Handelsamtes eine verhältnismäßig starke Mitgliederabnahme in Mitteldeutschland und selbst in den "roten" Sachsen ist es ihnen gelungen, Filialen ins Leben zu rufen. Mönen sie es selbstverständlich auch nicht mit den freien Gewerkschaften in ihrer Brüderlichkeit und dem Mitgliedsvergnügen aufnehmen, so ist es doch innerhin schon als schiefend zu betrachten, daß den freien Gewerkschaften allmählich ein Konkurrent entsteht, denn diese nicht dauernd ignorieren können. Da bei darf nicht vergessen werden, daß die christlichen Gewerkschaften viel jünger sind, als die freien Organisationen und die innere Vermehrungssatzung erst in der Ausbildung begriffen ist. Aber auch hieran arbeiten sie mit allen Kräften, haben sie doch heute schon einen Bevölkerungsstab von 120 Betrieben aufzuweisen. Ob da Logens Wort, nach dem, solange er an der Spitze der freien Gewerkschaften steht, nie die christlichen Verbände als gleichberechtigte Organisationen anerkannt werden sollen, sich seitens der freien Gewerkschaften dauernd anstrengt erhalten lassen wird, ist sehr zu bezweifeln. Die Tatsachen sind eben eherne, als alle faulen Grundätze, die man sich zuzunehmen vorsieht.

Schärfmaier-Memosten aus dem Saar-Amt berichtet die "Rheinische Volkszeitung", indem sie unter 11. März 1904 schreibt: Herr Dr. Elie, der Saarbrücker Handelskammer, der nach Stumm und Höller die Fabrik des Schärfmaier-Konzerns im Saarrevier unentwegt hochhält, begehrte in seiner Westdeutschen Wirtschaftszeitung die christlichen Gewerkschaften wiederholter als Vorfrucht der Sozialdemokratie. Seine Gründe sind einfach: Weil die christlichen Gewerkschaften die Solidarität der Arbeiter proklamieren, sind sie schließlich dasselbe wie die sozialdemokratischen. Nur die große Bescheidenheit in der Weltentwicklung deutet es nicht. Für ihn ist ein Sozialdemokrat, wer dem organisierten Unternehmertum gegenübertritt. Nach diesem Rezept scheint man denn auch jetzt, nachdem bekannt geworden ist, daß allein der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im Saarrevier schon über 10000 Mitglieder zählt, recht kräftig arbeiten zu wollen. In den letzten Tagen sind mehrere Entlassungen von Bergleuten bekannt geworden. In einem Falle handelt es sich um den Vorstand des Bürgerschaftsvereins, im anderen um einen Bergmann, der sich in der Agitation für den Gewerksverein hervorgehoben hatte. Der Bürgarbeiter Höller ist jetzt gefolgt und hat einige Metallarbeiter, die dem Gewerksverein angehören, darunter ebenfalls den Vorständen, entlassen, ohne Angabe des Grundes. In allen Fällen handelt es sich um Leute, die über 10 und 20 Jahre, einer sollte 26 Jahre, in ihren Betrieben arbeiteten. Gründe werden beim Durchlesen bis zu den höchsten Instanzen nicht angegeben. Dadurch werden die Leute natürlich nur bestärkt in der Überzeugung, sie seien wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemahrgeregt worden. Das Fortschreiten der Organisation wird durchartige Radikalität nicht aufzuhalten. Wie oft wird Graf Voßkrosty noch anerkennen über die christlichen Gewerkschaften sich aussprechen müssen, bis man ihm glaubt, selbst in den staatlichen Betrieben?

Aus den Zahlstellen.

Nauen. Am Samstag, den 10. März, hielten wir im Nauener Bierhaus unsere Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war; möge es immer so bleiben. Der Vorsitzende Röhl, Röddiger begrüßte unsere erschienenen Sekretär Richard Schwarz im Namen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen. Zur Tagesordnung standen die Punkte: Lotofabrikation, Rentenzugangsfrage, Volksbeitrag und Verschiedenes. Nach den beiden ersten Punkten erließ unter Vorliegen des Röhl, Richard Schwarz das Wort zu seinem Vortrage: Die Bedeutung der christl. Gewerkschaften für Staat und Gesellschaft. Unser Referent streifte kurz den Jahresbericht unseres Verbandes und wies darauf hin, daß es uns gelungen sei, in dem 1½-jährigen Zeitraum schön Erfolge zu erzielen und sehr vielen Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes zu erringen. In jeder Weise habe der Verband das getan, was in seinen Kräften stand. Wenn es auch verschiedene Kreise gegeben hat und noch gebe, welche unserer christl. Gewerkschaftsbewegung abhängt, so breite sich doch allmählich unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung aus. Kollege Schwarz wies auf verschiedene Aussprüche der weltlichen und geistlichen Autoritäten hin, welche den christl. Gewerkschaften gegenüber den genannten "freien Gewerkschaften" die Anerkennung des Staates und Unterstützung seitens der übrigen Gesellschaften fordern. Weiter wies unser Ref. hin auf das ruhige und überlegte Vorgehen bei verschiedenen Kommunen, so in M. Gladbach, Neukirchen, wodurch sehr viele Kollegen wieder bedeutende Vorteile erreicht hätten. Unsere Lösung sei ruhiges, vernünftiges Vorgehen, keine Überstürzung, im andern Falle könnte ein unüberlegtes Vorgehen mehr schaden, wie nügen. Darum Schulung

der Mitglieder, damit sie im kritischen Augenblick sich nicht hinreißen lassen von den Leidenschaften, sondern sich ein jeder die Frage stellt: Ist der Kampf die Opfer wert, die eventuell gefordert werden. Mit diesen Worten wählte unser Referent die Kollegen und Kolleginnen für unsere Sache zu begeistern, was der reiche Erfolg bewies. — Nach diesem schönen Vortrage folgte noch eine interessante Diskussion, woran sich Kollege Rödiger, Albrecht und Kell beteiligten. Den vom Koll. Albrecht gestellten Antrag, die Versammlungen auf den Dienstag zu versetzen, wurde von verschiedenen Kollegen als nicht durchführbar erachtet, so daß Koll. Albrecht schließlich seinen Antrag zurückzog. Offenbar war der Wind, den er damit gegeben hat, gut. Nicht alle Punkte der Tagesordnung konnten wegen vorgeliegender Zeit erledigt werden. Die Versammlung wurde um 12 Uhr geschlossen mit dem Wunsche, daß das Gehörte auf einen fruchtbaren Boden fallen seine Früchte zeitigen möge zum Wohle der Kollegen unseres Berufes.

Bonuswörth. Vollzählig erschienen die Mitglieder dieser Zahlstelle zu ihrer am 3. März abgehaltenen ersten Monatsversammlung. Vorstehender Kollege Kinkel eröffnete die Versammlung, begrüßte die erschienenen Mitglieder, gab Tagesordnung bekannt, forderte den Schriftführer auf zur Verleihung des Gründungsprotokolls, welches einstimmig Annahme fand. Kollege Wagner hielt einen über die Entwicklung der Papierindustrie schon ausgearbeiteten spannenden Vortrag, wofür ihm reicher Beifall gespielt wurde. Kollege Albert bringt den Antrag ein, daß die nach Paragraph 6 Absatz 2 der Statuten an die Zentral-Kasse abzuführende Summe von 80 auf 2% erhebt werden soll. Nach Begründung findet derselbe einstimmige Annahme. (Bewilligt!) Die Vorsitzende fasst ihre Erklärung, daß nach vorangegangener Diskussion der Mitglieder einstimmig beschlossen wurde: Jeden ersten Samstag im Monat ist im Vereinslokal (Phil. Rößler) die Versammlung abzuhalten. Unter Punkt „Beschiedenes“ erucht der Vorsitzende die Mitglieder, die Beschlüsse und Vorempfehlungen der Versammlung nicht in der Öffentlichkeit zu verbreiten, sondern hierzu die Versammlungen zu berufen. Raußer Weitemann erucht die Mitglieder um monatliche Abgabe der Mitgliedsbücher zur Einsichtung und Einwertung der Marken. Es ergibt Beschluss dahin, daß die Einladung zur Monatsversammlung mit der entsprechenden Tagesordnung 2 Tage vorher bekannt gegeben werden soll. Kollege Albert fordert die jungen Mitglieder auf, sich in allen zweckhaften, unklaren Punkten Ausklärung zu verschaffen, denn gerade die jungen Leute sollen beschlagen und gewappnet sein gegen alle Angriffe auf gewerkschaftlichen Gebiete. Nachdem die Tagesordnung erledigt, schließt Vorsitzender die für den christl. Verband begeisterte Versammlung.

Bonndorf. In unserer am 4. März bei Eher Hüttagenfundus sehr angeregten Mitgliederversammlung referierte unser Verbandssekretär Kollege Schwarz über Habekettentausch. Derselbe gab erst einen kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung unserer deutschen Arbeiterversicherung und kam sodann auf die verschiedenen Arten von Krankenversicherung, besonders aber auf die sogen. Habekettentausch zu sprechen. Er wies auf die verschiedenen Mängel hin, welche einzelne solcher Kassen anprangen und zeigte Mittel und Wege, wie und auf welche Weise hier auf Grund der bereits vorhandenen Gesetzesbestimmungen reformierend eingewirkt werden könne, ohne daß es großes Aufsehen erregt. Unser Vorsitzender, Kollege Richter teilte mit, daß bereits der Herr Chef seines Betriebes sich ihm gegenüber in wohlwollender Weise bereit erklärt habe, den Wünschen seiner Arbeiter in bestmöglichster Weise entgegenzutun, was allerdings mit Freuden begrüßt wurde. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde auch noch davon gesprochen, daß ein gewisser Herr (Direktor) in einer benachbarten Firma unlängst Leute wegen ihrer Zugeduldigkeit zum Verband gefragt habe und auf die bestehende Anmortsseitens der Befragten bemerkte, daß die Leute nun keine Kohlen und Bleikette mehr von der Firma beziehen könnten. Ferner diese Organisation sei eine sozialdemokratische. Es wurde den Kollegen der Rat gegeben sich an derartige Dinge nicht zu stören, die Kohlen und Bleikette können man ja im Notfall ebenso gut vom christlichen Gewerkschaftsrat beziehen, im übrigen aber sollen die Kollegen durch ihr ganzes Verhalten zeigen, daß sie intelligente christlich organisierte Arbeiter seien, besonders ihren Vorgesetzten gegenüber, damit nicht Missverständnisse entstehen, dann werden solche Dinge von selbst verschwinden. Mit der Aussforderung zur unablässigen, aber ruhigen, zielbewußten Agitation schloß Kollege Richter die so anregend verlaufene Versammlung.

Neuss a. Rh. Unsere Versammlung vom 25. Februar hatte folgende Tagesordnung: 1. Vortrag über den Anschluß an die Central-Krankengeld-Gutschriftskasse. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes (Befreiungsschreie). Zu Punkt 1 nahm Koll. Steinbauer das Wort und führte u. a. den Kollegen die Notwendigkeit vor Augen, neben einer gepl. Krankenkasse noch eine Gutschriftskasse anzugeben. Die Krankenunterstützung, der gepl. Krankentausch, sei nicht so hoch, daß ein Kollege, im Falle der Erwerbsunfähigkeit die für ihn so nötigen Stützungsmittel davon befreiten könnte. Eine noch schlechtere Ernährung als in gefundenen Tagen würde die Folge sein. Am Schlimmsten treffe dies die verb. Kollegen, welche meistens noch bei einer längeren Krankheit in Schulden geraten würden. In der Diskussion sprachen sich dann auch verschiedene Kollegen für den Beitritt zu einer solchen Kasse aus. Der dritte Punkt der Tagesordnung erfuhr eine lebhafte Erörterung. Vorschlagene wurde die Anschaffung verschiedener Fachzeitungen. Die Hauptfrage war die Deckung der Kosten. Es wurde nun von Kollege Lehmkohl vorgeschlagen, 5 Pf. Volksbeitrag pro Woche zu erheben. Derselbe begründet den Antrag damit, daß sich schon die Kosten für das Ortsblatt pro Monat und Mitglied auf 5 Pf. belaufen, auch hätten wir noch mit hohen Agitationskosten zu rechnen, und ferner wäre es nicht von der Hand zu weisen, wenn wir einem Mitgliede, welches unter-

schuldet in Not geraten würde, eine kleine Unterstützung auszahlen könnten. Auch kam in Betracht, unserem noch jungen Verband bei der Abrechnung einen möglichst hohen „An Saldo Vortrag“ zu erzielen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es liegen nun im Vereinslokal folgende Zeitungen zur Einsicht offen: Allgemeiner Angelger für Buchdruckereien, Allgemeiner Angelger für Buchdruckereien, Papierzeitung und Correspondenzblatt der freien Gewerkschaften. Auch wurde den Kollegen bekannt gegeben, daß wir unserer Kollegen um Lohnzehrung einflussen und denselben auf gütlichem Wege eine solche von 2 Mt. pro Woche zu teilen wünschen. Also ein Nebenabkommen von insgesamt 140 Mt. Dies mag auch den indifferenten Kollegen zeigen, daß es doch etwas nützt, wenn man sich organisiert. Kollegen! Unsere Versammlung war nicht vollständig besucht. Es mag ja gelten, daß der Faschingsmontag nicht geeignet war, aber unsere erste Arbeit, darin durch das Vergnügen nicht leiden. Mögen sich diese Kollegen zu vertreten nehmen und in Zukunft Alle zur Versammlung kommen. Nur durch Mitteilung aller Kollegen kann etwas Erfreuliches geleistet werden.

Mitteilungen des Zentralvorstandes.

Wir bitten die Zahlstellen-Vorstände schon jetzt, mit den Vorbereitungen für die Quartalsberichtigungen zu beginnen. Die Mitglieder werden erfreut, durch pünktliche Beitragserledigung den Kassieren ihre Arbeit zu erleichtern.

Nur wenn alle pünktlich ihrer Pflicht nachkommen, ist ein gedeihliches Arbeiten möglich.

Wir legen für die einzelnen Zahlstellen-Vorständen zwei Birkulare vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bei und bitten den Inhalt derselben gefüllt zu beachten.

Pälerarisches.

Neumanns Orts- und Verkehrs-Lexikon des Deutschen Reichs. Herausgegeben von Dr. Max Broeßke und Director Wilhelm Kell. Bierte, neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Mit 40 Stadtplänen einer politischen Übersichtskarte und einer Verkehrs-karte. 2 Bände in Leinen gebunden zu je 9 Mt. 50 Pf., oder 1 Band in Habekette gebunden 18 Mt. 50 Pf. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Schneller, als es bei solchen Werken erwartet werden könnte, ist der zweite Band von Neumanns Orts- und Verkehrs-Lexikon dem ersten gefolgt. Damit liegt ein Werk wieder vollständig vor, das sich bereits zu gut einschlägt hatte, als daß die größere Pause zwischen der dritten und vierten Auflage nicht ein wenig schmerzlich empfunden worden wäre. Jedoch hat diese Pause, die im Falle einer Neuauflage stets als eine Vorbereitungszeit aufzufassen ist, dem Buch nicht geschadet. Im Gegenteil, der Schlussband zeigt sich dem ersten Teil ebenbürtig an und die empfehlenden Worte, die diesem mit auf den Weg gegeben werden konnten, dürfen in erhöhtem Maße auf den zweiten Teil angewendet werden. Das gilt besonders betrifft der Verkehrsangaben, auf die nur vollem Rechte offenbart die größte Sorgfalt verwandt worden ist. Man er sieht dies vor allem aus dem nicht als einen Bogen umfassenden Nachtrag, in dem die Veränderungen im Post- und Eisenbahnnetzwerk bis auf die neuzeitliche Zeit berücksichtigt worden sind. So sind z. B. noch Eisenbahnstationen verzeichnet, die erst am 1. August dieses Jahres eröffnet wurden. Die beiden folgenden Leinenbände sind äußerst handlich, der Druck, wenn auch klein, durchaus klar; jede nur irgendwie mißverständlich Abkürzung ist mit sichtbarem Gefühl für die Abneigung des Publikums gegen solche Wortschärfen vermieden. Nicht unterlassen können wir, nochmals auf die vorzüglichen Stadtpläne hinzuweisen, deren nun das ganze Werk 40 aufweist. Sie sind uns so wertvoller, als den meisten ein Namensregister angefügt ist. Die große Verkehrs-karte am Schlus des Bandes beweist ferner in erstaunlicher Weise, mit welchem Verständnis die Verlagsabhandlung dem allgemeinen Wunsche nach sicherer Angaben begnügt das Verfahren gegenübersteht. So darf man getrost einmal Prophet sein und den zuverlässig und klar Auskunft gebenden neuen „Neumann“ wiederum eine erfolgreiche Laufbahn voraussehen. Er verdient ste.

Briefkasten.

Nach Essen: Danke für fdl. Anerkennung.
Nach München: Chenzalls.

Am 27. Februar starb unser lieber Kollege

Peter Löß,

Papierarbeiter.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Ortsgruppe M.-Gladdbach.

Kollegen agiert für unsern Verband!

Durch rege Aktion, durch Verbreitung Eurer Verbandspreise in öffentl. Lokalen, Geschäften usw., durch fleißige Mitarbeit, durch Euer ganzes Verhalten.

Zimmer vorwärts,
immer rückwärts!

Versammlungskalender.

Bodenbom. Versammlungen finden alle 14 Tage im Restaurant „Domsherrn“ kleiner Domplatz statt.

Nächste Versammlung am 21. März.

Boch. Samstag, den 24. März abends 9 Uhr, Versammlung.

Düren. Sonntag, den 25. März, nachmittags 5 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Köln. Samstag, den 24. März, abends 9 Uhr Versammlung „Im Dreyer“, Streitzeugasse Ecke Krebsgasse. Waldkirch. Samstag, den 24. März, abends 8½ Uhr, Wirtschaft zum „Mohren“, Nebenzimmer.

Elberfeld: Bei Chr. Nöger, Klogbahn, jeden 3. Samstag im Monat.

Bremen. Jeden ersten Samstag im Monat, 9 Uhr abends, bei Herrn Martin, Parlamentstraße.

Krefeld. Mittwoch, den 21. März, Versammlung im Lokale „Reichshalle“, Ecke Weltwall und Münzstraße. Beginn 9 Uhr.

Hagen. Jeden letzten Samstag im Monat, abends 9 Uhr bei Pfeifer, Frankfurterstr.

Nürnberg. Jeden 2. Samstag im Monat.

München. Dienstag am 20. März, Versammlung. Die besonders wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller!

Donauwörth, jeden ersten Samstag im Monat bei Rößler.

Dahlew. Jeden zweiten Sonntag im Monat bei August Becker, Kreuz-Kreuz.

Revelar. Sonntag, den 25. März, nachm. 5½ Uhr im Gasthof Aengenheister (Drei Könige), Versammlung mit Vortrag: „Tartverträge“. Kollegen alle erscheinen.

Bonn. Sonntag, den 18. März, nachm. 5 Uhr bei Bönder, Schwarzheldorf, öffentliche Versammlung für Tapetenbinder und Buchbinder.

Nach wie vor am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

O. Th. Winckler

Leipzig

Seeburgstrasse 47,

weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

täglich

erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

Berantwortlich: Jos. Hillen, Köln-Ehrenfeld.
Druck Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei.